

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kabinett Poincaré-Herriot-Briand!

Alle Gegner von gestern zur Rettung des Franken wieder vereint.

Paris, 23. Juli. (WTB.) Wie Havas mitteilt, sind auf Grund der bisherigen Verhandlungen Poincarés folgende Portefeuilles endgültig befehlt worden:

- Vorsitz, Finanzen und Wiederaufbau: Poincaré.
- Justiz und Elsass-Lothringen: Barthou.
- Auswärtige Angelegenheiten: Briand.
- Marine: George Leggues.
- Innere: Albert Sarraut.
- Kolonien: Leon Perrier.
- Handel: Botanowski.
- Öffentliche Arbeiten: Tardieu.
- Pensionen: Louis Marin.

Wie außerdem bekannt wird, hat Painlevé das Kriegsministerium und Herriot das Unterrichtsministerium auf Wunsch Poincarés übernommen.

Der radikale Abgeordnete Queuille wird von Herriot zur Übernahme des Arbeitsministeriums aufgefordert werden, so daß nur noch das Arbeitsministerium zu besetzen bleibt.

Poincaré hat sich ins Elysee begeben, um dem Präsidenten der Republik die Zusammensetzung des neuen Kabinetts mitzuteilen.

Damit scheint es Poincaré über alle Maßen gelungen zu sein, ein bürgerliches Burgfrieden-Kabinett zustande zu bringen: Die Rechte wird darin durch Tardieu, Marin und Botanowski, die Mitte durch Leggues und Barthou und die Linke durch Briand, Painlevé und sogar Herriot vertreten sein.

Die Wirtschaft gegen die Parteistreitigkeiten.

Paris, 23. Juli. (WTB.) Die Pariser Handelskammer hat eine Entschließung angenommen, die das Parlament auffordert, angesichts der Gefahr für das Wirtschaftsleben des Landes alle Parteistreitigkeiten ruhen zu lassen und von der Regierung die umgehende Verwirklichung eines Programms des finanziellen Wiederaufbaues verlangt, durch das das Vertrauen gefördert und die Ruhe im Lande wiederhergestellt werde.

Englisch-amerikanische Vorwürfe.

Churchill läßt erklären, die Amerikaner hätten früher in den Krieg eintreten sollen.

London, 23. Juli. (TL.) Die englisch-amerikanische Schuldentournee dauert an. Das englische Schahamt veröffentlicht die Antwort auf die vor einigen Tagen in Washington herausgegebene Schuldenbilanz, in der ausdrücklich betont wurde, daß man einen großen Unterschied machen müsse zwischen englischen Anleihen, die ausschließlich für kommerzielle Zwecke,

und solchen, die für militärische Zwecke aufgenommen worden seien. Das wird in der Antwort Churchills entschieden in Abrede gestellt. Nur eine falsche Auslegung der Tatsachen könne zu einem solchen Schluß führen. Wenn die Vereinigten Staaten rechtzeitig militärisch in Europa eingegriffen hätten, dann würde es Amerika auch nicht nötig gehabt haben, seinen europäischen Verbündeten so große Summen Geldes zu leihen, und Großbritannien würde dann in der Lage gewesen sein, die Erfordernisse der Verbündeten, die durch das Eingreifen der amerikanischen Armee entlastet worden wären, aus seinen eigenen Hilfsmitteln zu decken. Aller menschlichen Voraussicht nach würde dann Großbritannien niemals bei den Vereinigten Staaten Schulden gemacht haben.

Amerika fühlt sich von den Alliierten bei Kriegsende betrogen.

New York, 23. Juli. (WTB.) In Erwiderung der englischen Presseangriffe, daß Amerika jetzt die Ausgaben für den Krieg eintreibe, den es früher seinen eigenen Krieg genannt hat, schreibt „Word“, daß Amerika den Krieg nicht mehr als eine heilige und gemeinsame Sache betrachte, weil die europäischen Alliierten bei Kriegsende gezeigt hätten, daß sie den Waffenstillstand zur Leitung der Beute mißbrauchten. Als die Alliierten Deutschland die Kolonien nahmen und ihm ein unmögliches und törichtes System von Wiedergutmachungen auferlegten, war es für Amerika mit dem Gedanken der heiligen Allianz vorbei. Es sei Amerikas Ueberzeugung, daß es die europäischen Alliierten zum besten hielte. Die „New York Times“ meint, die englische Presse fühle es, daß es mit der britischen Bürde unverträglich sei, wie ein Fischweib zu schimpfen. Die Schuldenentlastungsverträge seien ein abgeschlossenes Geschäft und die gegenseitigen Beschuldigungen könnten nicht die Siegel von den Verträgen reißten.

Frankenbesserung.

Wider Erwarten gestaltete sich die Tendenz der heutigen Börse freundlich bei allerdings kleinem Geschäft. Die gerüchtweise verlauteete Herabsetzung der Produktionseinschränkung der Rohstahlgemeinschaft um fünf Prozent wirkte antegend auf die Eisenwerte. Farben liegen noch immer unter einem gewissen Druck. Allgemeines Interesse haben Bankaktien unter Führung von Danat. Die großen Mengen täglichen Geldes sind kaum unterzubringen, Monatsgeld wird kaum gefragt. Am Devisenmarkt hält die Besserung des französischen Franken vorläufig an, London-Paris 209, London-Brüssel 207, London-Railand 150.

Die Revolution kommt...

Sagt der Stahlhelm.

Im „Stahlhelm“, dem amtlichen Organ des Stahlhelm-Bundes, wird der Sammelauftrag von Gopl und Jarres zerstückelt. Dabei finden sich folgende, nicht uninteressante Sätze:

„Wozu auch sollten sich die Parteien finden? Haben sie ein großes Ziel? Gehen sie im Ernst daran, sich zu versöhnen oder dem Grund aller Zerrissenheit, der Weimarer Verfassung, ans Leder zu gehen?... Nein, die Rettung Deutschlands wird durch keine wie auch immer geartete parlamentarische Gemeinschaft erfolgen. Die Parteien haben sich von ihren Aufgaben entfernt und müssen erst von der außerparlamentarischen Macht der Kampfbünde wieder in ihre Schranken gewiesen werden...“

Der Parteienüberdruß im deutschen Volke ist ungeheuer. Die Wahlmüdigkeit wurzelt im Herzen gerade der besten Kampfbundmannschaft. Diese hat es satt, in Zukunft für nichts und wieder nichts politische Not- und Saalschutzpolizei zu stellen... Was sind die Parteien anders als eine Organisationsleistung von 3000 Sekretären und was bleiben sie, wenn wir diese beim nächsten Wahlgang sich selbst überlassen, samt allen Werbeveranstaltungen und Wahllokale?

Die Revolution sei die Folge! Sie kommt auch mit der Partei und durch die Partei. Wir Frontsoldaten fürchten sie nicht. Wir werden immer noch was aus ihr zu machen wissen!“

Was der Stahlhelm aus der „kommenden Revolution“ zu machen gedenkt, sagt er vorsichtigerweise nicht. Wahrscheinlich will er die Leitung der Maßnahmen dem in solchen Dingen nicht ganz unerfahrenen Uhlenhaut aus Braunschweig übertragen.

Vorläufig aber beschränkt er sich darauf, Anordnungen des Ministeriums in den Wind zu schlagen. Bekanntlich ist bei Demonstrationen von geschlossenen Verbänden aus naheliegenden Gründen die Mitführung von Knüppeln und Stöcken verboten worden. Auf diese Anordnung pfeift der Stahlhelm. Sein Gau Magdeburg hat den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, wieder die gewöhnlichen Spazierstöcke zu tragen, um von ihnen „zur Verteidigung Gebrauch zu machen“. Das amtliche Organ, der „Stahlhelm“, erklärt diese Aufforderung zur Nichtbefolgung von behördlichen Anordnungen mit dem Satz: „Mannesrecht steht auf gegen Strohstium!“

Über die „Rote Fahne“ wird verboten! . . .

Das Kapitol von den Gänsen gerettet?

Chamberlains „Nein“ — ein „Ja“.

Verständnis für „nationale Belange“ ist bekanntlich nur bei der nationalen Presse zu finden. So ließ sie denn, wieder einmal, Sturm läuten. Das Vaterland schien in Gefahr. Die Botschafterkonferenz sollte eine neue Kontrollnote nach Berlin geschickt haben. Unerhörte Anfinnen waren gestellt. Die Ehre und die Lebensinteressen der Nation in Gefahr. Die Hüter der Ordnung schienen sträflich zu schlafen. Und die Gänse schnatterten mächtig, das Kapitol zu retten.

Schließlich ergab sich, daß die Botschafterkonferenz keine Note, und daß die Kontrollkommission keine besonders wichtigen Noten gefandt hatte. Es war nur der übliche Briefwechsel über die längst bekannten schwebenden paar Fragen gewesen. Die regierenden Hüter des Staatswohles traten zusammen und beschloßen, wie sie ernsthaft erklärten, die Angelegenheit weiter im Auge zu behalten. Das Vaterland war nicht in Gefahr gewesen. Umsonst hatten die Gänse geschnattert.

Doch nein. In London wurde man aufgeweckt. Wo Geschnatter ist, da muß doch Gefahr sein. Und Chamberlain erklärte, in der Tat sei der Stand der deutschen Entwaffnung nicht befriedigend. Das gab nun große Aufregung. Bisher hatte er stets das Gegenteil davon erklärt. Was war in Deutschland vor sich gegangen? Neue Schwarze Reichswehr? Heimlicher Bau von Festungen oder Geschützen? Schon horchte man in Paris auf. Da bekam es London mit der Angst. Es erklärte, das „Nein“ Chamberlains sei nur im Drang der kleinen Anfragen so kurz ausgefallen. Er hätte das „Nein“ nur im technischen Sinne gemeint, er hätte eben nur die Kleinigkeiten im Auge gehabt. Das „Nein“ in den Einzelheiten sei als ein „Ja“ im ganzen zu verstehen. Hoffentlich ist man in Europa nun wieder beruhigt.

Deutschland hat Glück gehabt. Das Geschnatter der nationalen Gänse hat dem Vaterland nicht geschadet. Deutlich aber sieht jeder, was die nationale Presse für einen nationalen Wert hat.

Eine Völkervereinigung in Deutschland. Vom 25. bis 29. Juli tagt der vom Verkehrsministerium des Völkerverbundes eingeleitete Sachverständigenausschuß für die Vereinfachung des Privatrechtes der Binnenschifffahrt in Hamburg. Dem Sachverständigenausschuß gehört als deutsches Mitglied der Präsident des hanseatischen Oberlandesgerichts Prof. Dr. Michelstein an. Es ist das erste Mal, daß eine Beratungskommission des Völkerverbundes auf deutschem Boden tagt.

Die Drachme, die griechische Währungseinheit, muß auch gestützt werden. Die griechische Regierung verkündet, sie sei entschlossen, mit allen Mitteln gegen die ungesunde Spekulation vorzugehen.

Fort mit den Zollmauern.

Für die Vereinigten Staaten von Europa.

Der Gedanke der europäischen Zollunion zieht immer weitere Kreise. Die Vertretung der deutschen Arbeitgeber, der Reichsverband der deutschen Industrie, hat sich vor einem halben Jahre für die Niederlegung der europäischen Zollschranken eingesetzt, und sogar der Präsident der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer hat wiederholt auch für die Landwirtschaft auf den Vorteil einer solchen Vereinigung Europas hingewiesen. In zahlreichen Konferenzen haben die gewerkschaftlichen und politischen Vertretungen der deutschen Arbeitnehmerschaft sich für die europäische Zollunion ausgesprochen. Während aber für das Unternehmertum in Industrie und Landwirtschaft die europäische Zollunion als ein Ausweg aus einer Krise des Augenblicks erscheint, spielt sie im Rahmen des sozialistischen Wirtschaftsprogramms eine andere Rolle. Seit Jahrzehnten schon ist die deutsche Sozialdemokratie stets für den Abbau der Zollmauern eingetreten, und für sie bedeutet die Parole der zollpolitischen Einigung Europas eine Etappe auf diesem Wege.

In diesem Sinne hat Genosse Wontinsky, einer der angesehensten lebenden Statistiker, soeben das Programm der europäischen Zollunion behandelt. Ausführlich zeigt Wontinsky, wohin Krieg und Nachkriegswirren die europäische Wirtschaft geführt haben. Während die Vorkriegszeit einen ständigen Aufschwung der europäischen Wirtschaft sah, sind wir jetzt froh, wenn wir an irgendeiner Stelle sehen, daß wir den Vorkriegsstand erreichten, und wenn dies für Deutschland im ganzen schon der Fall sein dürfte, so liegt es viel ungünstiger in den meisten übrigen Ländern Europas. Vor allem Rußland ist in seiner Entwicklung noch immer um Jahrzehnte zurückgeworfen, und England steht mitten in einer schweren Krise, in der unsere englischen Genossen sich dagegen sträuben, daß das Unternehmertum sich auf Kosten der Bergarbeiterlöhne saniert. Von jeher war die europäische Zollpolitik ein Hemmnis des wirtschaftlichen Aufschwungs, ein Hemmnis insbesondere für die Steigerung des Einkommens der Arbeiterklasse. Schon Jahre vor dem Kriege schätzte ein englischer Nationalökonom die Einbuße, die der deutsche Arbeiter durch die deutsche Schutzpolitik erlitt, auf ein Drittel dessen, was er ohne sie hätte erlangen können.

Inzwischen haben sich die Zollgrenzen vermehrt, und wenn im Kriege oftmals auf die Gefahr hingewiesen wurde, die Schützengrabenslinien würden für lange Zeit prohibitive Zollmauern werden, so müssen wir heute feststellen, daß die neuen Zollgrenzen, die die Friedensschlüsse von 1919 den alten hinzugefügt haben, ebensolange geworden sind, wie es die deutsche Kampffront 1918 war. Die Befürchtung ist inhaltlich voll in Erfüllung gegangen, und die Zölle, die man an diesen neuen Zollgrenzen erhebt, sind kräftig gestiegen und weisen ständig steigende Tendenz auf.

Auch die Handelsverträge waren bisher kaum imstande, wirksam die Zollmauern herabzudrücken, und das System der europäischen Handelspolitik gleicht einer Hydra, der stets ein neuer Zoll oder eine neue Zollserhöhung zuwächst, wenn ein alter Zoll beseitigt oder ermäßigt wurde. In allen Ländern sind es die Arbeiterklasse und das Bauerntum, die die Kosten dieser Zollpolitik vorwiegend zu tragen haben. Während in Deutschland die Arbeiterklasse unter den Nahrungsmittelzöllen und den Zöllen auf Gegenstände des täglichen Bedarfs leidet, werden dem Bauern seine Produktionsmittel und Bedarfsgegenstände ebenfalls übermäßig verteuert. Für die Bauern ist die Bilanz der deutschen Zollpolitik viel ungünstiger als für die wenigen tausend Großgrundbesitzer, in deren Betrieben die Zölle wesentlich auf den Schultern der miserabel entlohnten Landarbeiter liegt. In anderen Ländern bedeutet der industrielle Protektionismus vor allem eine schamlose Ausbeutung der Bauernschaft, wie etwa in Polen, Rumänien, Ungarn und Rußland. Hier bietet die europäische Zollunion wenigstens vorläufig die Möglichkeit einer Verbesserung des bestehenden Zustandes. Sie bedeutet eine Etappe auf dem Wege zum Abbau der Zollmauern, wenngleich nicht übersehen werden soll, daß manche Gefahren in der Art dieses Weges liegen.

Genosse Wontinsky setzt sich mit berechtigtem Nachdruck für eine europäische Zollunion ein, die Rußland und England in sich schließt. Zahlreiche bürgerliche Politiker sind in diesem Punkte anderer Meinung. (Wertvolle Beiträge zu der Frage enthält das von Hanns Heimann herausgegebene Buch „Europäische Zollunion“, Berlin 1926, Verlag von Reimar Hobbing.) Für uns, die wir die europäische Zollunion darum wollen, weil wir den Abbau der Zollmauern wollen, und denen daran gelegen ist, das Freihandelsgebiet so groß wie möglich zu machen, ist diese Frage der Abgrenzung der europäischen Zollunion von besonderer Bedeutung. Während Europa mit England und Rußland fast drei Viertel der deutschen Ausfuhr aufnimmt, entfallen auf Europa ohne England und Rußland nur knapp 60 Proz., und da man beinahe als gewiß unterstellen kann, daß die Niederlande sich nur einer Zollunion anschließen würden, der auch England angehört, so würde sich mit dem Ausschluß von England und Rußland ergeben, daß durch die Bildung der kleinen europäischen Zollunion noch nicht für die Hälfte der deutschen Ausfuhr sich Zollausland in Zollland verwandeln würde.

*) H. Wontinsky: „Die Vereinigten Staaten von Europa“, Berlin 1926, T. H. B. Dieß Nachf.

Zahlreich sind die Versuche, die europäische Zollunion zu einem schutzöllnerischen Gebilde zu machen. Viele wollen das handelspolitisch geeinte Europa mit hohen Zöllen auf Lebensmittel, Rohstoffe und Industrieprodukte umgeben. Demgegenüber vertritt mit Recht Woytinsky den Standpunkt, daß die europäische Zollunion im wesentlichen dem Abbau der Zollgrenzen dienen müßte. In diesem Sinne fordert die deutsche Arbeiterschaft die europäische Zollunion. Das ganze Europa muß es sein, und es darf kein schutzöllnerisches Europa sein.

Europäischer Zollverein.

Ein vorbereitendes Komitee eines „Europäischen Zollvereins“ veröffentlicht einen Aufruf an alle Europäer, in dem es heißt:

„Der „Europäische Zollverein“ bezweckt die Befriedigung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in Europa. Der erste Schritt zu diesem Zweck ist die Sammlung und Organisation aller Bestrebungen, die auf eine Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaft und auf eine Erweiterung seiner wirtschaftlichen Einzelgebiete gerichtet sind. In allen Ländern sind bereits Bestrebungen vorhanden, die mit unseren Grundsätzen übereinstimmen. Doch ihre Isoliertheit verpricht ihnen nur wenig Aussicht auf praktischen Erfolg. Denn die protektionistische Wirtschaftsanarchie der Einzelstaaten ist ein internationales Problem, das sich nur mit gegenseitigen internationalen Abmachungen lösen läßt. Und in der Erkenntnis der Notwendigkeit dieser internationalen Zusammenarbeit richtet der „Europäische Zollverein“ an alle bereits bestehenden Vereinigungen und an alle Einzelpersonen ohne Unterschied der Nationalität, der sonstigen politischen Stellungnahme, Religion usw. die Aufforderung, mit vereinten Kräften den Kampf gegen das gemeinsame Elend, gegen die internationale Wirtschaftsanarchie aufzunehmen.“

Als von jeder Politik freies, auf rein wirtschaftlicher Grundlage aufgebautes Sammelbecken aller Bestrebungen, die auf die Erweiterung und Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Einzelgebiete von Europa gerichtet sind, vertraut der „Europäische Zollverein“ auf die Mitarbeit aller Gleichgesinnten.“

Als Mitglieder des vorbereitenden Komitees unterzeichnen: Prof. Charles Gide, Collège de France, Paris; Prof. Irving Fisher, Yale-Universität, New Haven; Prof. Dr. Eduard Hillel, Bern; Norman Angell, London; Dr. Elemér Hantos, Staatssekretär a. D., Budapest; Dr. Edgar Stern-Kubart, Berlin-Zehlendorf; Dr. Moritz Elias, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Ludwig Stein, Berlin; Ernő Feiler, Budapest; Dr. Anton van Gijn, Finanzminister a. D., Haag.

Das verspätete Rechtsbewußtsein.

Betrachtungen eines Deutschnationalen.

Der alte Graf Posadowsky beschäftigt sich in einem klaffenden, den völkische Blätter bringen, in sehr bemerkenswerter Form mit dem Volksentscheid zur Fürstentümern und besonders mit den heuchlerischen Gründen, die zu seiner Bekämpfung ins Feld geführt wurden. Er selbst ist, wie nach seiner ganzen Ueberlieferung nicht anders zu erwarten war, Gegner der entschädigungslosen Enteignung gewesen, wie er Gegner jeglicher Enteignung ist. Er weist aber darauf hin, daß das Reich mit entschädigungsloser Enteignung ganzer Gesellschaftsschichten dem Volksentscheid bereits vorangegangen war:

„Unzweifelhaft hat zu der überraschenden Stimmzahl jenes Volksbegehrens auch der Vorgang beigetragen, welcher sich in der Enteignung der bürgerlichen Gläubiger durch die Aufwertungsgesetzgebung abgespielt hat, ein Verfahren, welches sich mit einer entschädigungslosen Enteignung ganzer Gesellschaftsschichten fast mathematisch deckt. Was ist es anderes wie eine entschädigungslose Enteignung, wenn für Pfandbriefe und Rentenbriefe ein fester Prozentsatz für die Abtragung der Schuld überhaupt nicht festgestellt

ist und die Pfandbrief- und Rentenschuldner hierzu nicht herangezogen werden? Wenn die Anleihen von Gemeinden mit 272 Proz. des Geldwertes abgelöst werden, wenn für alle diese Schuldmittel seit Jahren auch nicht der heischendste Teil der schuldigen Zinsen gezahlt ist, obgleich die Schuldner selbst in Folge der Inflation Jahre hindurch vielfach glänzende Geschäfte gemacht und ihre wirtschaftliche Lage erheblich verbessert haben?“

Mit berechtigtem Zorn sieht Posadowsky besonders bei den Deutschnationalen, deren Partei er gründen half, daß ihr „Rechtsbewußtsein“ erst bei dem Volksentscheid erwachte. Er zitiert die Warnungen der deutschnationalen Fraktion vor den „Angriffen auf die Eigentumsordnung, die Grundlage unseres Staates“, und verweist auf ähnliche Erklärungen des Industrie- und Handelstages, kirchlicher und anderer Körperschaften — er hätte auch auf Hindenburgs Brief hinweisen können — und fährt dann fort:

„Eine einseitige Enteignung des Gläubigers zugunsten des Schuldners ist eine Verletzung des bürgerlichen Rechts und damit der Grundlagen des Staates. Zu der als Entschädigung der Aufwertungsgesetzgebung stets betonten „Wirtschaft“ gehört der Gläubiger mit seinem Vermögen ebenso wie der Schuldner, welcher in seinem wirtschaftlichen Geschäftsgebiet die gleichen wirtschaftlichen Verpflichtungen zu erfüllen hat. Fiskusentzug und Eigentum der Privatleute stehen unter dem Schutz derselben bürgerlichen Gesetze.“

Die Warnung des Grafen Westarp, daß „der Kommunismus vor den Rechten der Kapitalgläubiger nicht halt machen“ würde, tut Posadowsky mit den Worten ab:

„Diese Prophezeiung ist leider eine rückwärts gewendete Prophezie, da schon die Aufwertungsgesetzgebung, für welche die deutschnationale Fraktion gestimmt hat, vor den Rechten der Gläubiger nicht halt gemacht hat. Nach den grundsätzlichen Erklärungen der Regierung, der bürgerlichen Parteien und zahlreicher Verbände und Körperschaften wäre die Aufrechterhaltung des Aufwertungsgesetzes eine rechtliche und sittliche Unmöglichkeit sowie ein schneidender Widerspruch gegen die jetzt abgegebenen Erklärungen.“

Aus seiner langen Praxis wird Graf Posadowsky wissen, daß die Erklärungen der Deutschnationalen, wie die ihrer Vorläufer, immer nur Zweckertklärungen gewesen sind. Von jeher haben sie vor Wahlen und Abstimmungen das Blaue vom Himmel herunter versprochen, die Versprechungen aber immer nur insoweit gehalten, als ihre eigenen Interessen dabei in Frage kamen. Deswegen wird der alte Graf sie auch jetzt nicht bewegen, ihre Theorien vom „Einbruch in den Rechtsstaat“ auf ihr eigenes Aufwertungsgesetz anzuwenden. Das „Rechtsgefühl“ kommt bei den Deutschnationalen immer verspätet und wird dann recht bald wieder vergessen.

Personalpolitik.

Nur keine Demokratisierung der Verwaltung!

Der Reichsinnenminister Dr. Kütz hat einen Demokraten in das Ministerium des Innern berufen. Der Neuberufene soll „zur Erledigung von Spezialaufgaben“ verwendet werden. Ein einziger Demokrat in das Reichsinnenministerium berufen — das gibt der „Täglichen Rundschau“ Anlaß zu folgender sanfter Kritik:

„Es wäre interessant zu erfahren, wie die Schaffung dieses „Spezialpostens“ etatrechtlich begründet wird.“

Das Versteckspiel der „Täglichen Rundschau“ hinter dem Etatrecht verbirgt nur schlecht die politische Kritik. Die „Tägliche Rundschau“ ist Organ einer Regierungspartei. Sie sieht mit Mißbehagen, daß ein Minister einen Vertrauensmann aus seiner Partei, ebenfalls einer Regierungspartei, beruft; denn die Verwaltung ist nach der Ansicht der Volkspartei reserviert für Volksparteiler, Deutschnationale und Völkische. Ein Demokrat mehr ist

schon zurecht — er könnte die Betätigungsmöglichkeit der Mühleisen einengen.

Das kurze Sätzen der „Täglichen Rundschau“ spricht Bände. Nur keine Demokratisierung der Verwaltung! Um so entschiedener muß für die Demokratisierung der Verwaltung gesorgt werden.

Münchener Untersuchung.

Die Methode wie man nichts entdeckt.

Die Untersuchung gegen Schweikart nimmt ihren Fortgang. Beweismittel stehen der untersuchenden Behörde zur Genüge zur Verfügung. Es gibt jedoch Methoden, um selbst bei erdrückendem Beweismaterial nicht zur Feststellung von Schuldigen zu gelangen. Diese Methoden hat die Münchener Polizei angewandt, als sie nach dem Morde an Gareis den Täter ausfindig machen sollte.

Sie hat den Gareis-Mörder nicht festgestellt. Damit die Beweismittel, die zu jener Zeit schon in den Akten waren, und die erst jetzt ans Licht gebracht wurden, damals nicht zur Feststellung des Mörders führen konnten, wurde auf folgende Weise verfahren: Man ließ die Morde an dem Dienstmädchen Sandmayer und an dem Abgeordneten Gareis nicht durch die gleichen Beamten untersuchen. Dies geschah, obwohl 1921 schon feststand, daß die beiden Mordtaten in engstem Zusammenhang miteinander stehen. Es wurden verschiedene Personen mit der Untersuchung der beiden Morde beauftragt, und zwar so, daß sie nicht in der Lage waren, in die zusammengehörigen Akten Einblick zu nehmen und die Zusammenhänge festzustellen. Auf diese Weise erreichte man, daß die Untersuchung ergebnislos verlief, und daß der schwer belastende Janusbrief des Leutnants Schweikart unberücksichtigt blieb. Inwiefern die Akten, als sie den untersuchenden Beamten übergeben wurden, noch vollständig waren, muß einer besonderen Untersuchung vorbehalten bleiben.

Diese Methode war natürlich nur möglich, wenn eine geschickte Regieführung in den oberen Dienststellen dafür Sorge trug, daß die untersuchenden Beamten nicht in Berührung miteinander kamen. Diese Regieführung setzte von vornherein Kenntnis der Zusammenhänge voraus, die nicht bekannt werden sollten, eine Kenntnis, die nur durch Mißbrauch erworben werden konnte.

Gibt es in der Untersuchung gegen Schweikart, die nach der Haftentlassung fortgeht, ebenfalls eine Regieführung?

Ist der derzeitige Aufenthalt Schweikarts den Behörden bekannt?

Berufungsverhandlung Kufmann-Knoll.

Drei Tage vorgelesen.

Gegen das freisprechende Urteil im Prozeß gegen den früheren Staatsanwalt Kufmann und den Hauptmann a. D. Knoll wegen Beiseitejagung von Aktenstücken hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, die nunmehr vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kommen soll. Während der Prozeß in erster Instanz nur einen Tag dauerte, sind für die Berufungsverhandlung bisher drei Tage vorgelesen, und zwar der 27. und 29. September und der 1. Oktober. Der größere Umfang dieses zweiten Prozesses Kufmann-Knoll erklärt sich durch die vorgezogene Erweiterung der Beweisaufnahme, und zwar sind bisher schon 30 Zeugen geladen, darunter alle Beamten des früheren Garnat-Dezernates der Staatsanwaltschaft I, sowie mehrere Abgeordnete und Journalisten. Die Anklage wird von Oberstaatsanwalt Teglar vertreten, während die Angeklagten wieder durch die Rechtsanwälte Dr. Suetgebrune (Göttingen) und Koetter (Berlin) verteidigt werden.

Wegen der Vorfälle in Germersheim hat Polizeiführer von Hoeßler den Generalkonzeptionsrat des französischen Auswärtigen Amtes aufgesucht.

Magdeburger Zwiegespräch.

Von Hans Bauer.

„Fabelhaft, unsere Polizei — da muß man doch schon sagen, daß sie eine Rasse hat wie ein Bernhardiner Hund.“

„Sie meinen die Sache mit Haas? Ja, hier ist prompte Arbeit geleistet worden.“

„Prompte Arbeit nennen Sie das? Ich danke schön! Wenn es das bloß wäre! Aber es ist ja doch viel mehr als das. Eine Meisterleistung kriminalistischer Scharfsinn ist vollbracht worden. Bedenken Sie, wie minimal die Anhaltspunkte waren . . .“

„Das schon. Vieles sprach gegen die Annahme, daß Haas der Anstifter ist. Leicht hat er's der Polizei nicht gemacht.“

„Nicht leicht, ist gut gesagt. Ueberlegen Sie sich, was dazu gehört, um den Verdacht einer Mordanstiftung auszusprechen zu können. Denken Sie beispielsweise an Bagern. Wieviel Indizien hat man dort gegen Soundsovielle, daß sie jemanden um die Ecke gebracht haben. Aber man will nicht recht zupacken. Man kann nicht so heran an sie. Das Material reicht eben doch nicht aus — — — und dabei könnte man fast sprechen, daß sie photographiert worden sind, als sie den Revolver abdrückten oder mit der Spitzhade losschlugen. Ein Mord will eben bewiesen sein, das ist keine Kleinigkeit. Nun vergleichen Sie damit unseren Untersuchungsrichter. Keine einzige Blöße gegeben hat er sich, der Haas. Der gesunde Menschenverstand, überhaupt alles sprach dagegen, daß er beteiligt gewesen ist. Aber die Untersuchungsbehörde hat es doch ausgeknobelt. Da läßt sich halt nichts machen. Ein kriminalistisches Genie bleibt eben ein kriminalistisches Genie.“

„Zugegeben, daß die Stellung und der Beruf des Haas schützend vor ihm gestanden haben, in dessen . . .“

„Weiß schon. Weiß schon. Jetzt werden Sie kommen und sagen: „Aber der Schröder! Bit! Schön, damit können Sie den Spürsinn unserer Polizei nicht verkleinern. Damit nicht. Wer ist Schröder? Wieso soll er im geringsten glaubwürdig sein? Und dann wird er sich nicht haben einlassen lassen, von sich aus den Haas zu verdächtigen. Nein, die Untersuchungsbehörde wird ihn darauf gebracht haben. Man kann also schon sagen: Aus dem Nichts, aus dem absoluten Nichts heraus hat sie den Haas gestellt. Bloß die Witterung hat sie gehabt. Das heißt ich tüchtig sein. Da gehört was dazu.“

„Alles richtig, aber das habe ich nicht gemeint. In dessen, so wollte ich vorhin sagen, es heißt, daß der Haas dem Reichsbanner nahegestanden hat.“

„Wollen Sie demü sagen, daß die Leistung des Untersuchungsrichters nicht dennoch staunenerregend wäre — — einen Anhaltspunkt hat er ja schließlich doch haben müssen.“

„Das Robin-Museum in Paris hat einen Abguss der neuen Numismatiker von René Simeons angekauft; der erste Ankauf erfolgte vor einiger Zeit durch das Museum in Hastings.“

Brückenbau.

Gurgelnd wälzen sich die Fluten der Elbe durch das Land. Weithin ist noch alles überschwemmt. Von Sträuchern sind nur die Spitzen zu sehen; Die Bäume stehen noch bis zu den Kronen im Wasser.

Das Rattern hydraulischen Rießens, untermischt von schweren Hammerschlägen, dringt an mein Ohr. In ungeheurer Länge spannt sich die Brücke der Eisenbahn Berlin-Hannover hinter Schönhausen über den Strom und seine Niederung, die jetzt noch in ihrer ganzen Breite, von Deich zu Deich, überflutet ist. Die alte Brücke ist dem Verleber nicht mehr gewachsen. Ihre Pfeiler stehen zu dicht und bilden stückliche Gefahren für die Schiffer, besonders jetzt, da das Hochwasser noch immer die Gegend beherrscht. So ist man jetzt dabei, eine neue Brücke zu errichten.

Ein gigantisches Bild menschlichen Schaffens entrollt sich da. Der eigentliche Strombogen von 105 Meter Spannung ist in der Mitte noch nicht ganz geschlossen. Rießige Kranarme ragen in die Luft, mit deren Hilfe das schwierige Werk vollendet wird. Ungeheure Kräfte sind dabei, den Brückenbogen über die Öffnung zu ziehen, um die Verbindung beider Ufer herzustellen. In schwindelnder Höhe stehen die Männer der Arbeit auf dem Gerüst. Ich sah sie im strömenden Regen, als alles in tiefes Graul geliebt war; ich sah sie im glühenden Sonnenglanz, niemals müde, immer mit kräftigen Armen den Hammer führend. Der Tod hält immerzu die Hand ausgestreckt, um jeden, der die Sinne nicht fortwährend trass zusammenhält, an sich zu reißen. Mehr als einen dieser Tapieren soll er sich schon geholt haben.

Vorbei fahren die Eisenbahnzüge, Güterzüge mit den schwarzen Diamanten des Ruhrreviers, die Personenzüge und die D- und Turmszüge. Aus den Fenstern sehen dann wohl die Reisenden im flüchtigen Vorbeifahren das Werk entstehen, sie sehen aber nicht die Gefahren und kennen nicht die Opfer, unter denen es vollendet wird. Sie fühlen sich sicher über den gurgelnden Fluten des Stromes.

Karl Sudert.

Wettbewerb für das Völkerbundhaus. Für das „Haus der Nationen“ in Genf ist jetzt die Jury und das Bauprogramm festgelegt worden. Das Völkerbundhaus wird sich auf einem Gelände am Ende der Stadt Genf, mit altem Baumbestand, mit weiten Durchblicken auf See und Gebirge, erheben. Die Grundstückskosten betragen 2½ Millionen Franken, die Baukosten für das Völkerbund-Vereinbarungshaus allein sind mit 8 Millionen Franken in Rechnung gestellt. Außer Deutschland haben 34 Staaten das Recht der Beteiligung, als Preise sind 165 000 Franken ausgesetzt. Das Preisgericht enthält zwei Architekten deutschen Stammes, den Wiener Josef Hoffmann und den Züricher Karl Moser. Der Bahndirektor der belgischen Baukunst, H. V. Verlage, ist aber außer ihnen der einzige im Preisgericht, dessen Name unbedingt im Sinne einer fortschrittlichen Lösung ins Gewicht fällt; der Belgier V. Harto ist, nach dem belgischen Pavillon auf der vorjährigen Pariser Weltausstellung zu schließen, aktuell bei der Weile seiner Frühperiode, dem Jugendstil der neunziger Jahre stehengeblieben. Wie der „Cicerone“ schreibt, amtierend in dem Preisgericht neben dem Engländer J. Burnet, dessen klassizistische Baugesinnung seinem läßt-praktischen Sinn nicht

entgegensteht, noch der Italiener A. Ruggia, der Franzose Levasquier, Stillschichtler im Sinne des 19. Jahrhunderts, ferner der Schwede Langboom, der sich in allen Ecken verläßt. Das Preisgericht formuliert die Aufgabe, daß die Architekten in neuem und praktischem Sinne die verschiedenen Probleme lösen und vor allem durch die Reinheit des Stiles und die Harmonie der Linien die hohe Bestimmung des Gebäudes symbolisieren sollen. So erfreulich diese Forderung ist, so kann ihre Verwirklichung doch in sehr verschiedenem Sinne verstanden werden. Das Ergebnis wird davon abhängen, welche Mitglieder der Jury die Oberhand bekommen. Die Zusammenfassung ist immerhin so, daß fortschrittliche Lösungen durchaus nicht von vornherein unter den Tisch sollen müssen.

Was die Matrosen lesen. Das englische Marineministerium hat eine Untersuchung darüber angestellt, was von den Seeleuten an Bord der Kriegs- und Handelsschiffe am meisten gelesen wird. Diese Untersuchung hat interessante Ergebnisse gehabt, denn es stellte sich heraus, daß die Matrosen am liebsten populäre Darstellungen von wissenschaftlichen Dingen lesen, besonders von astronomischen und physikalischen Vorgängen. Aber auch andere Bücher, die sich mit der Fortbildung der Menschen befassen, werden vielfach verlangt, so z. B. Bücher über Parteilichkeit, über Tiere und über den menschlichen Körper. Gar nicht verlangt werden z. B. Reisebeschreibungen. Das kann man verstehen, denn die Matrosen haben selbst meist in ihren langjährigen Diensten Gelegenheit gehabt, fremde Länder kennen zu lernen, viele Reisen zu unternehmen, so daß sie nicht darauf angewiesen sind, sich mit fremden Erlebnissen zu unterhalten. Ihr Leben ist eben ein Leben des ständigen Wechsels, so daß gerade diejenigen Bücher, die, wie die wissenschaftlichen, eine gewisse Festigkeit des Lebens im ständigen Wandel darstellen, am meisten reizten. Sehr wenig verlangt werden auch Dichtwerke; dagegen werden Unterhaltungssromane sehr viel gelesen. Eine ähnliche Untersuchung hat auch das amerikanische Flottenministerium — und zwar zur selben Zeit — veranstaltet. Es stellte sich heraus, daß auch die amerikanischen Seeleute — ähnlich wie die englischen — Romane gerne lesen und viel benutzen. Bei den amerikanischen werden hauptsächlich diejenigen Romane verlangt, die sich mit den Erlebnissen der Comboys befassen, während die englischen Seeleute hauptsächlich die Romane lieben, die von Goldgräbern, Völkern und ähnlichen Abenteuerern handeln. Bei beiden ist jedenfalls die Sehnsucht nach Bild und tapferen Menschen groß, deren Schicksale sie innig mitempfunden. Auch die amerikanischen Matrosen lieben Tiergeschichten ähnlich wie die englischen und wertwürdigerweise wurden am meisten Bücher über Hühnerzucht und über Schlangenfarmen verlangt. Dagegen hat der amerikanische Matrosen nur sehr geringes Interesse für aufklärerische und fortbildende Bücher wissenschaftlichen Inhalts.

Druckfehler-Berichtigung. In der Notiz „Australiens neue Hauptstadt“ (heutige Morgennummer) wird mitgeteilt, die Inbetriebnahme der Hauptstadt Canberra sei auf den 9. Mai 1926 festgesetzt worden. Es handelt sich um den 9. Mai 1927.

Ein Preisauschreiben des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen legt für Entwürfe, Verbesserungen und schrittweise Arbeiten auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, die vom 1. April 1922 bis 31. März 1924 erstehen sind, Preise von zusammen 30 000 M. und Einzelpreise von 1500 bis 7500 M. aus.

Die „Ordnung“ Mühleisens.

Was ihm erlaubt erscheint . . .

An dem Verbot des Potemkinfilms durch die Filmberufsstelle hat Herr Oberregierungsrat Mühleisen vom Reichskommissariat für öffentliche Ordnung und Sicherheit hervorragend mitgewirkt. Er hat die These vertreten, daß dieser künstlerisch wertvolle Film, der die Aufzeichnung russischer Matrosen gegen eine menschenunwürdige Behandlung zeigt, in der deutschen Republik die „Sicherheit des Staates“ gefährdet, und die Oberprüfstelle hat seinem Gutachten durch ein gesetzlich inhaltloses Verbot Rechnung getragen.

Herr Mühleisen ist aber nicht immer so besorgt um die Sicherheit des Staates wie in diesem Fall. Er findet es zwar höchst gefährlich für die öffentliche Ordnung, wenn dem deutschen Publikum ein russischer Matrosenaufstand vorgeführt wird, aber er hat gar keine Bedenken gegen Filme, die den Aufmarsch erbitterter Feinde der deutschen Republik verherrlichen. Dafür ein Beispiel:

Kürzlich lag der Filmprüfstelle Berlin ein Film vom „Deutschen Tag“ in Halle, der im August 1923 stattfand, zur Prüfung vor. Dieser „Deutsche Tag“, aus Anlaß der Einweihung eines Denkmals von den Rechtsverbänden veranstaltet, war vom preussischen Innenministerium nur mit erheblichen Einschränkungen gestattet worden. Die Leitung der Veranstaltung mußte sich verpflichten, geschlossene Aufmärsche in der Stadt zu unterbinden. Es war verboten worden, die Fahnen der Organisationen entrollt zu tragen und vor allem sollte bei der Einweihung des Denkmals jeder militärisch formierte Aufmarsch unterbleiben. Diese Anordnungen wurden aber von den Veranstaltern nicht innegehalten, sondern es fanden große Umzüge statt, die Fahnen aller Rechtsverbände wurden entrollt in den Straßen getragen oder mit Lastautos durch die Stadt gefahren. Bei der Einweihung des Denkmals hielt der jählich bekannte Führer des Stahlhelms, Duestenberg, eine Ansprache, in der er die Wiedererrichtung des Kaiserreichs als Ziel proklamierte. Vor der Stadt erfolgte ein „Vorbeimarsch“ der nationalistischen Kampfverbände vor dem Hochherrn Ludendorff, der im vollen Glanze seiner alten Uniform erschienen war. Zu allem Ueberflus beteiligten sich Abordnungen der Reichswehr an dieser monarchistischen Kundgebung. Das Ganze bot das Bild eines organisierten

Aufmarsches der deutschen Gegenrevolution.

Die offensichtliche Durchbrechung der Anordnungen des preussischen Innenministers und das provokatorische Auftreten der Teilnehmer lösten im ganzen Lande eine ungeheure Erregung unter der republikanischen Bevölkerung aus.

Von diesem Deutschen Tag der Gegenrevolution wurde ein Film hergestellt, dessen Vorführung aber damals auf das Gutachten der beteiligten Ministerien hin nicht zugelassen wurde. Jetzt war nun der Film neuerdings zur Prüfung vorgelegt worden. Die Kammer hörte vor der Entscheidung des Gutachten des Herrn Mühleisen sowie der Vertreter des Auswärtigen Amtes und des preussischen Innenministeriums. Während die beiden letzteren abermals für die Nichtzulassung des Films eintraten, da er die öffentliche Ruhe und Sicherheit sowie die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten gefährde, erklärte Herr Mühleisen, daß er seine frühere Auffassung korrigieren müsse, da er heute keine Bedenken mehr gegen die Vorführung des nationalistischen Hehlfilms habe! Man könne ja schließlich das Datum der Veranstaltung verschwinden lassen, damit nicht ohne weiteres ersichtlich ist, daß es sich um eine Tagung aus dem Jahre 1923 handele.

Die Kammer war sichtbar erstaunt über dieses Gutachten des Vertreters des Reichskommissariats für „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ im republikanischen Reichsministerium des Innern. Die Beisitzer fragten den Herrn Oberregierungsrat, ob es ihm nicht bekannt sei, daß der Reichswehrminister im Reichstag die Erklärung abgegeben hat, daß Reichswehrabteilungen nicht mehr an Denkmalsweihen privater Organisationen teilnehmen dürfen, um ihren

Mißbrauch zu nationalistischen Kundgebungen

für die Zukunft zu verhüten, und ob er nicht der Meinung wäre, daß eine Untergrabung der Staatsautorität zu befürchten ist, wenn im Film gezeigt werde, wie trotz dieser Erklärung des Reichswehrministeriums Abteilungen der Reichswehr an monarchistischen Kundgebungen teilnehmen. Man fragte weiter, ob es nicht zur Gefährdung der Staatsicherheit führen müsse, wenn in einem Film Formationen gezeigt werden, die in weiten Teilen des Reichs heute noch wegen ihrer republikanischen Haltung verboten sind. Schließlich wurde Mühleisen gefragt, ob es nicht die Aufgabe des Reichskommissariats sei, zu verhindern, daß Filme gezeigt werden, die die Empfindungen der verfassungstreuen republikanischen Bevölkerung aufs tiefste verletzen und so zur Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit führen müssen.

Derselbe Oberregierungsrat Mühleisen, der die Hehe gegen den Potemkin-Film betrieb, hatte auf all diese Fragen nur die Antwort, daß er seinen Ausführungen nichts hinzuzufügen habe. So bot sich das ergötzliche Bild, daß, obwohl die Vertreter des preussischen Innenministeriums und des Auswärtigen Amtes für die Nichtzulassung des Filmes eintraten, der Vertreter des doch wohl zum Schutz der Republik geschaffenen Reichskommissariats für öffentliche Ordnung und Sicherheit ohne Bedenken für die Zulassung des ausgesprochen republikanischen, geradezu zum Hochverrat auffordernden Filmes eintrat. Allerdings bewies die Kammer mehr Einsicht als Herr Mühleisen, indem sie die Vorführungsgenehmigung des Filmes auch fernerhin verweigerte.

Die Kleinkalibrigen in Baden.

Verdächtige Führer.

Karlsruhe, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Innenminister Kemme kam am Donnerstag bei der Beratung des Polizeireglements auf die im französischen Senat aufgestellte Behauptung zu sprechen, daß Baden eine Polizeibrigade von zwei Regimenten besitze. Er betonte demgegenüber, daß die badische Polizei lediglich zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben bestimmt und im Rahmen des Polizeigesetzes organisiert sei. Im Laufe der weiteren Aussprache wies Genosse Marglaff auf die Gefahren der bestehenden Rechtsorganisationen und ihrer Umtriebe hin. Er verwies vor allem auf die Kleinkalibrerschützenvereine, die besonders an der badisch-württembergischen Grenze in Blüte ständen und sogar vielfach Freidienstleistungen abhielten. Der Innenminister bestätigte den Unfug dieser Kleinkalibrerschützenvereine. Die Regierung widmet ihnen ein besonderes Augenmerk, zumal in ihren Kreisen immer wieder Persönlichkeiten auftauchten, die früher an der Spitze verbotener Organisationen gestanden haben.

Internationales Eisenkartell.

Essen, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß in der am Freitag vormittag stattgefundenen Versammlung der internationalen Eisenproduzenten die Unterzeichnung des Vertrages über das Internationale Eisenkartell mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten sei. Die Zustimmung der Reichsregierung sowie des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der eisenverarbeitenden Industrie zum Abkommen sei gesichert.

Die Berliner Wohnungswirtschaft.

Ständig vermehrter Zuzug.

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt aus einem Bericht der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1925 folgendes mit:

In der Berichtsperiode wurden 23 843 Wohnungen abgeben. Infolge vermehrter Zuzuges hat sich die Zahl der ausgestellten Wohnberechtigungsscheine gegenüber dem Vorjahre um 74,5 Proz. vermehrt, was bei der gegenwärtigen Regelung der Freizügigkeit leider hingenommen werden muß. Die Unterbringung der Rhein- und Ruhrvertriebenen sowie der Lagerflüchtlinge ist im allgemeinen durchgeführt. 2596 Wohnungen, die durch die Errichtung von Hauszinssteuerneubauten frei wurden, konnten Wohnungsuchenden bzw. Barackenbewohnern aus unbewohnbar gewordenen Baracken zugewiesen werden. Nachteilig wirkte auf den Wohnungsmarkt der § 36 Mieterschutzgesetz, der die beschleunigte Zuzweisung eines Erfahrungsraumes von der Gemeindebehörde verlangt, falls im Urteil die Zwangssozialversicherung hiervon abhängig gemacht wird. Den eingetragenen Wohnungsuchenden geht hierdurch eine große Anzahl von Wohnungen verloren. Der Zustand der Wohnungen hat sich gegenüber dem Vorjahre weiterhin etwas gebessert. Wesentlich hierzu beigetragen haben auch die von der Stadt notleidenden Hausbesitzern zur Instandsetzung der Häuser gegebenen Darlehen in Gesamthöhe von 2 Millionen Reichsmark. Wohnungen von fünf und mehr Zimmern können seit Beginn der Berichtsperiode an solche Wohnungsuchenden frei vermietet werden, die über eine vom Wohnungsamt ausgestellte Ausweisurkunde verfügen. Während nun die systematische Wohnungsaufsicht und -pflege sowie die Schlafstellenkontrolle infolge des durch die Abbaubestrebungen verursachten Personalmangels nicht durchgeführt werden konnte, gelang es, bei der Unterbringung kinderreicher Familien, der Bekämpfung ansteckender Krankheiten und der Säuglingssterblichkeit gute Erfolge zu erringen. Aus eigenen Mitteln in der Wohnungswirtschaft wurden 938 Wohnungen gewonnen durch Herrichtung verwaisteter Wohnräume sowie durch Abtrennungen und Neubauten, denen 261 durch Verfall und Brandschäden verlorene Wohnungen gegenüberstanden. Das Mietvereinigungsamt fällt 40 000 Entscheidungen und veranlaßt in einer bedeutenden Zahl anderer Fälle die Antragsteller durch sachgemäße Zusätze, ihre Anträge zurückzuziehen. Die private Bautätigkeit war sehr gering. Der Wohnungsbau war infolge der herrschenden Geldknappheit nur durch die Unterstützung mit öffentlichen Mitteln möglich. Der auf Berlin entfallende Anteil an der Hauszinssteuer wurde in der Berichtszeit nicht verändert. Mit den so verfügbaren 66 Millionen Reichsmark wurden Bauten mit 7685 Wohnungen im Hochbau und 1847 Wohnungen im Flachbau durchschnittlich mit je 6600 Reichsmark beliehen. Die durch Hauszinssteuererhöhungen nicht finanzierten Bauten mußten im allgemeinen durch Aufnahme von im freien Geldmarkt beschafften Hypotheken, durch eigene Mittel der Bauherren und auch durch Baukostenzuschüsse der Bewerber um die Mietwohnungen errichtet werden. Bessere mußten 600 bis 1000 Mark je Zimmer als Baukostenzuschuß zahlen. Für Kinderermittelte stellte die Stadt 10 Millionen Reichsmark (gegen 5 Millionen Reichsmark im Vorjahre) als Zuschußhypotheken zur Verfügung. Hiermit wurde der Bau von 3700 Wohnungen mit 1 bis 3 Zimmern finanziert. Verhandlungen mit der Bundespfandbriefanstalt und der Reichsversicherungsanstalt wegen Beleihung verließen günstig. Durch eigene Bautätigkeit der Bezirke wurden 897 Wohnungen gewonnen. Ferner haben Reichs- und Stadt Mittel zur Verfügung gestellt, um die Herstellung von Beamten- und Arbeiterwohnungen zu ermöglichen. Das Inkrafttreten der neuen Bauordnung in Verbindung mit dem neuen Bauzonenplan gewährte die Sicherheit, daß in Zukunft nur noch gesundheitslich einwandfreie Wohnungen erbaut werden können. Die endgültige Regelung des Kleingartenwesens durch Herabgabe von Land für Dauerkleingärten ist ihrem Ziele näher gerückt worden.

Drei Frauen überfahren.

Durch einen rücksichtslosen Autochauffeur.

Ein schwerer Straßenunfall, der durch des rücksichtslose Fahren eines Droschkenchauffeurs herbeigeführt wurde, hat dem drei Frauen schwere Verletzungen erlitten, ereignete sich heute vormittag gegen 10 Uhr vor dem Hause Friedrichstraße 107. Wie erfahren hierzu folgende Einzelheiten:

Ein Autobus der Linie 25, der vom Bahnhof Friedrichstraße kam, wollte an der Haltestelle vor dem Hause Friedrichstraße 107, wo das Finanzamt untergebracht ist, halten. Um zu verhindern, daß der schwere Wagen infolge des schlüpfrigen Pflasters beim Bremsen gegen den Bürgersteig schleuderte, hielt der Fahrer etwa drei Meter vom Bürgersteig entfernt. Im selben Augenblick näherte eine Droschke. Der Fahrer der Droschke Donath aus der Urbanstraße 32 wollte die Passage zwischen Autobus und Bürgersteig verkehrsüblich benutzen, um vorbeizukommen. Hierbei überfuhr er drei Frauen, die den Autobus gerade besaßen wollten. Sie wurden in schwerem Verletzungszustand in die Unfallklinik Ziegenstraße überführt. Die Namen der Verunglückten sind: die 23jährige Ehefrau Emma Christina aus der Kugener Straße 11, die Beinbrüche und innere Verletzungen erlitt; die 37jährige Ehefrau Marie Vierert aus Rahlg, Kreis Soldin, die bei Verwandten in Friedenau beschworene weilt, sowie die 23jährige Studentin Marie Blumenthal aus der Sulzfeldstraße 35, die sich Unterschenkelbrüche und Querschnitte zuzog.

Familientragödie in der Laubenkolonie.

Eine Familientragödie spielte sich gestern nacht in der Laubenkolonie „Biene“ in Baumshulenberg ab. In der Laube 5 wohnt dort eine Familie Grener. Als der Sohn kurz nach 1 Uhr nachts nach Hause kam, fand er keine Mutter tot auf dem Bett liegend. Sie hatte sich mit Sublimat vergiftet. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte die Unglückliche nicht mehr ins Leben zurückrufen. Man nimmt an, daß Familienzwiseigkeiten die Ursache des Selbstmordes sind. Der Cheermann, den man sofort benachrichtigte, wurde durch die Meldung derart erschüttert, daß er sich zwei Kugeln in die Brust und in die Schläfe schoß. Er war sofort tot. Die Leichen wurden nach dem Krematorium Baumshulenberg überführt.

Charlottenburger Kleingärtner-Wettbewerb!

Auch dieses Jahr veranstaltet das Kleingartenamt im Einvernehmen mit den gemeinnützigen Kleingartenverbänden, dem Bezirksverband der Kleingartenvereine von Charlottenburg und Tiergarten und dem Vaterländischen Frauenverein innerhalb der 10 000 Charlottenburger Kleingärten einen Wettbewerb. In diesem Jahre sind außerdem noch die Kleingärten in der Jungfernhöhe westlich des Tegeler Weges bis nach Siemensstadt und die Gärten von Westend zum Wettbewerb zugelassen. Der Gedanke der Veranstaltung ist vom wirtschaftlichen wie vom ethischen Standpunkt aus herzuheben zu begründen. Durch zweckmäßige Einteilung und Bepflanzung wird der Ertrag gefördert, durch das gesteigerte Interesse erhöht sich die Freude am Besitz. Der ruhende Pol in der Dreiecksflucht ist einzig und allein im eigenen Heim und im Selbstgeschaffenen zu finden. Für all die vielen, die Tag für Tag in mit schlechter Luft gefüllten Arbeitsräumen schlafen müssen, bedeutet es eine wahre Erlösung, wenn sie nach Feierabend und hauptsächlich am Sonntag in guter, reiner Luft ihr Gärten bestellen. Jede neue Blume, jeder frische Stokkops wird mit Freuden begrüßt, und selbstgezeugenes Gemüse und Obst schmecken bekanntlich tausendmal besser als gekauftes. Die baulichen Einrichtungen der Gärten sollen eine bedeutende Verbesserung erfahren, so daß mit der Zeit aus den sommerlichen Kleingärten Dauerkleingärten entstehen. Bisher liegen

etwa 1000 Anmeldungen zum Wettbewerb vor. Die Preisrichterabteilungen, bestehend aus je einem Gartenfachmann und zwei Kleingärtnerinnen, werden die Bewertung der Gärten vornehmen, und auf Grund dieser Bewertung erfolgt dann die Preisverteilung.

Die Wiener Typographia in Berlin.

Die Wiener Typographia ist mit 220 Sängern und Sängerinnen in Berlin eingetroffen. Pünktlich 12³⁰ fuhr der Zug in die Halle des Anhalter Bahnhofes ein. Im Auftrag des Österreichisch-Deutschen Volksbundes begrüßte deren Vorsitzenden Dr. Winkel die Sänger. Er erinnerte an die Bruderbesuche die erst in den letzten Tagen vom Berliner Reichsbanner stattgefunden hatten. Die Berliner Typographia begrüßte ihre Wiener Kollegen durch ihren Vorsitzenden Reinsdorf. Die Wiener ließen durch ihren Kollegen Epier für den herzlichsten Empfang danken. Wir sind gern nach Berlin gekommen, uns haben die Gäste des Vorjahres, der Schupbund, erzählt, wie herzlich sie aufgenommen worden sind. Wir freuen uns, mit unseren Berliner Kollegen zusammen singen zu können. Leider verbot die Polizei das Singen eines Begrüßungsliedes. Zu der Begrüßung hatten sich sehr viele Kameraden des Reichsbanners, Mitglieder des österreichischen und deutschen Volksbundes und der Berliner Typographia eingefunden.

Der Basdorfer Siedlungsstankal.

Unsere Leser werden sich des Siedlungsstankals erinnern, der zu Beginn des Jahres 1926 in der Presse ausführlich erörtert wurde. In Basdorf hatten eine Anzahl Arbeiter sowie auch kleinere Geschäftsleute von der Basdorfer Baugesellschaft Marg u. Reih Siedlungsland auf Grund notarieller Kaufverträge erworben. Die Verpflichtungen aus den Verträgen sind sämtlich erfüllt worden. Im Grundbuch waren jedoch die Käufer ungläubigerweise nicht als Eigentümer eingetragen worden. Da rechtlich nur der als Grundstückeigentümer gilt, dessen Name als Eigentümer im Grundbuch eingetragen ist, war es den Gläubigern von Marg und Reih möglich, auf die Grundstücke der Siedler eine Hypothek von 250 000 M. ins Grundbuch eintragen zu lassen. Die Siedler riskieren, ohne jede Entschädigung von ihrem Eigentum verjagt zu werden, wenn nicht der Nachweis gelingt, daß die nachträglichen Belastungen der Grundstücke auf betrügerische Manipulationen zurückzuführen sind. Bekanntlich ruht zurzeit die Zwangsversteigerung, da die Staatsanwaltschaft die Akten bearbeitet. Uns geht nun eine längere Eingabe des Kaufmanns Prahl, Berlin-Lichterfelde, Rommandantenstraße 99, stiller Teilhaber der Firma Marg u. Reih, zu, in der er gegen einen Rechtsanwalt B. in der Basdorfer Grundstücksache schwere Vorwürfe erhebt. Er selbst will als früherer Besitzer der Basdorfer Grundstücke von B. schwer geschädigt und seines Vermögens beraubt worden sein. Wir können dazu nicht Stellung nehmen. B. soll übrigens in der völkischen Bewegung eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Im übrigen hoffen wir, daß die gerichtliche Klärung der Basdorfer Siedlungsaffäre im Interesse der zahlreich geschädigten Arbeiter und Angehörigen baldigt erfolgt.

Arbeitgeberspiegel im Gerichtssaal.

Die „Rössische Ztg.“ macht auf eine sehr merkwürdige Erscheinung aufmerksam, die oft in den Mecklener Gerichtssälen die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Zu gewissen Verhandlungen erscheint ein Mann, der sich zwar sehr genau Aufzeichnungen macht, dessen Verhalten jedoch niemals in der Presse erscheinen. Dieser Herr ist honorierter Spiegel der Arbeitgeberverbände, in deren Auftrag er in den Mecklener Gerichten die schwarze Liste des Unternehmertums führt. Ist dieses Handwerk an sich schon äußerst schmutzig und skandalös und die Duldung eines solchen Individuums im Gerichtssaal sehr eigentümlich, so war die Sache zu einer mehr als peinlichen Affäre, wenn das Blatt feststellt, daß dem Postkammerherrn der Arbeitgeber von den Präsidien der Berliner Landgerichte Presseausweise und legitimierten Aufzeichnungen für sämtliche Fälle zur Verfügung gestellt worden sind. Ein ungläubiger Mißbrauch der Presse und des Gerichtssaals, gegen den man aufs Schärffste protestieren muß.

Großfeuer in Potsdam.

Auf dem Fabrikgelände der Berliner Degtrinfabrik von Otto Ruhner auf dem Riemitt 20 in Potsdam brach nach 9 Uhr heute früh ein Großfeuer aus, das auf eine Mehlstaubexplosion zurückzuführen ist. Ein Teil des Fabrikgebäudes ist eingestürzt und ein großer Vorrat von Waren vernichtet worden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Potsdamer Wehr hatte über eineinhalb Stunden mit den Löscharbeiten zu tun.

Ein Abend in der Hembeluse. Die Firma Boer n. Sohn veranstaltete im Haus des Westens, Lawenzienstraße 19, im Rahmen eines Tanzabends und Charleston-Wettbewerbes, eine Herrenmodeshow. Die Hotten Regier-Jazzbandler, die Gastgeber, ein Teil des Publikums und sämtliche Ober — alles „mit ohne Jackett und Weste“. Es besteht bekanntlich die Absicht, die Hembeluse Strohenfähig zu machen. Sie soll nicht nur auf der Straße, sondern auch in der Gesellschaft offiziell zugelassen werden. Bei Ausföhrung des neuen Modetanzes Charleston ist dies allerdings seit ein Gebot der Notwendigkeit. Eigentlich müßte man sogar ein Referendum mit sich führen. Denn solchen Gliederpermutationen im schnellsten und dabei fortwährend wechselnden Rhythmus hält der künftige Gent in normaler Bedeckung nicht stand. Die Chocolate-Kiddeles führten die Sode branourös vor und eine sang dazu, doch auch im Publikum besanden sich einige recht talentvolle Tanzgrößen. Die Musik ist noch wilder und ungebärdiger geworden, das faucht und quetscht und furt und pfeift, dazu fliegen im Takt sämtliche Gliedmaßen der Tänzer nur so in der Luft herum. Wenn das so weitergeht in dem Tempo, wird wohl die Abendkellung der Zukunft der Tendenzschurz!

Die Bundesleitung des „Stahlhelm“ in Magdeburg ersucht uns mitzuteilen, daß Kriminalkommissar Tenholt Magdeburg niemals dem Stahlhelm angehört und auch nie Beziehungen zum Stahlhelm gepflogen hat.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Großfeuer in den Reichardt-Werken.

In der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr geriet in Wandsbeck bei Hamburg auf dem Gelände der Reichardt-Werke der rechte Flügel eines großen vierstöckigen mit einer Kuppel versehenen Gebäudes in Brand. In diesem Gebäude befindet sich eine Nahrungsmittelfabrik, welche zurzeit jedoch stilllag. Die Bekämpfung des Feuers wurde durch Wassermangel außerordentlich erschwert. Die Dacheinfassung der Kuppelwerke Reichardt wurden leergepumpt. Zu diesem Zwecke mußten über die Bahnanleiße hinweg weit über hundert Meter Schläuche gelegt werden. Der Wind jagte ungeheuren Funtenflug über das Gelände und bedrohte die übrigen Gebäude, insbesondere die Stallungen, in gefährlichem Maße. Es gelang schließlich, den Brand in der Hauptsache auf den rechten Flügel des Gebäudes zu beschränken. Bis in die frühen Morgenstunden hinein waren die Wehren tätig. Das Feuer selbst war weithin sichtbar und wohl eines der größten der letzten Jahre in Hamburg und Umgebung. Der Bahnverkehr auf der Lübecker Straße erlitt so gut wie keine Störung.

Tödlicher Unglücksfall bei Erdarbeiten. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Braunschweig. Zwei ältere städtische Arbeiter waren in einer Sandgrube an der Salzschlammgrube mit dem Aufschütten von Erde auf einen Wagen beschäftigt, als sich plötzlich eine starke Erdoberfläche in der Grube löste und die beiden Arbeiter verschüttete. Der eine, dem ein Schaufelstiel in den Leib gedrungen war, konnte nur als Leiche geborgen werden, der andere starb kurz nach der Entlieferung in das Krankenhaus.

Gewerkschaftsbewegung

Das Kasino in Wildau.

„Ruhe“ ist die erste Bürgerpflicht.

Am Mittwoch, dem 21. Juli, besuchte sich die Wildauer Arbeiterschaft mit den Saalbesitzern am Orte. Die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft hat die vorhandenen zwei Säle aufgekauft, und verweigert nun seit etwa einem halben Jahre die Herabgabe ihres Kasinoaals zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen. Verhandlungen mit dem Kasinowirt, dem Gemeinde- und Amtsvorsteher sowie mit dem Betriebsrat der Gesellschaft, scheiterten an dem Verhalten der Direktion, die sich anscheinend berufen fühlt, Vorsehung zu spielen.

Das Kasino soll nach ihren Angaben lediglich der Erholung dienen. Zu Vergnügungen steht der Saal allen Parteien zur Verfügung. Den Streit der Parteien aber, der sich bei der Abhaltung öffentlicher Versammlungen bemerkbar machen könnte, will die Direktion ihrem Hause fernhalten, und sich in ihren Räumen nicht beschimpfen lassen, was übrigens nicht vorzukommen ist. Die Einwohnererschaft werde durch die Parteien nur verhetzt.

Die Direktion hat hinsichtlich der Behandlung und Bezahlung ihrer Arbeiter und Angestellten wahrscheinlich die Kritik zu fürchten, da sonst ihr Verhalten nicht recht zu erklären wäre. Die Saalsperre für öffentliche Versammlungen ist nicht das rechte Mittel, die Kritik verstummen zu lassen. Es ist töricht, das Ventil der Aussprache über Mißstände verstopfen zu wollen, die nun einmal auf den verschiedensten Gebieten vorhanden sind, auch wenn die Direktion der B.R.G. sie nicht sieht oder sie nicht sehen will.

Nach der Aussprache der Vertreter der Gewerkschaften, der Parteien und der W. Vereine am Orte, von denen nur die Vertreter von drei Vereinen sich der Stimme enthielten, beschloß die Versammlung, gegen die Entziehung des Kasinoaals, die einer politischen Mundtotmachung gleichkomme, zu protestieren und den Boykott gegen den Kasinoaal zu erklären.

Die Versammlung fordert die Einwohnererschaft auf, sie bei der Durchführung des Boykotts zu unterstützen und den Kasinoaal auch bei Kinovorstellungen nicht zu besuchen, solange die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung verjagt ist.

Nachprüfung des Akkordpreises.

Ein Votum im Tarif für die Metallindustrie befugt, daß in Fällen, wo Streit darüber entsteht, ob der Akkordpreis richtig kalkuliert ist, auf Verlangen der betreffenden Arbeiter eine Werkstattkommission einzusetzen ist, die in Verbindung mit einem Vertreter des Arbeitgebers den Akkordpreis nachzuprüfen und eventuell anders festzusetzen hat, und daß dem Arbeiter bis zur Entscheidung der Kommission sein bisheriger Durchschnittslohn zu zahlen ist.

Auf diese Bestimmung des Tarifs beriefen sich mehrere Arbeiter der A.G. (Abteilung Brunnenstraße), die im Akkord zu wenig verdient hatten, weil an dem betreffenden Arbeitsstück mehr Arbeit zu verrichten war, als früher bei Festsetzung des Akkordpreises verrichtet wurde. Die Arbeiter hatten die Nachprüfung durch die Werkstattkommission beantragt, die Betriebsleitung aber hatte das abgelehnt mit dem Bemerkten, wer die Arbeit für den von ihr festgesetzten Preis nicht machen könne, für den sei keine Beschäftigung vorhanden.

Die Arbeiter, vertreten durch den Vorsitzenden des Arbeiterrats, klagten beim Gewerbegericht. Sie beantragten, das Gericht möge feststellen, daß die beklagte Firma, wenn der bisherige Akkordpreis aus irgendwelchen Gründen nicht mehr als angemessen erachtet wird, verpflichtet ist, denselben durch die tarifmäßige Werkstattkommission nachprüfen zu lassen. Ferner forderten die Kläger, weil die Beklagte diese Verpflichtung nicht erfüllt habe, die Nachzahlung der Differenz zwischen ihrem bisherigen Durchschnittsverdienst und dem erzielten Akkordverdienst.

Der Vertreter der Firma meinte, in diesem Falle könne er eine Verpflichtung zur Nachprüfung des Akkordpreises nicht anerkennen, weil die von den Klägern hergestellte Arbeit schon öfter ausgeführt, und der dafür festgesetzte Akkordpreis nicht bemängelt worden sei. — Die Kläger beriefen sich darauf, daß der Preis jetzt nicht mehr ausreichend sei, weil gegen früher eine erhebliche Mehrarbeit geleistet werden müsse.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz fällte folgendes Urteil: Es wird festgestellt, daß die beklagte Firma verpflichtet ist, auf Verlangen eine Werkstattkommission zu beschicken, falls bei einer neuen Akkordarbeit eine Einigung über den Akkordpreis nicht zustande kommt, oder falls bei einer Akkordarbeit der bisherige Akkordpreis aus

irgendwelchen besonderen Gründen, z. B. wenn die neue Arbeit besondere Erschwerungen aufweist, nicht mehr zutrifft.

In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, die Firma würde mit Recht die Kommission verweigern dürfen, wenn es sich um eine Arbeit handelt, die schon oft gemacht ist und für die der Preis feststeht. Wenn sich aber der Arbeiter darauf beruft, daß in seinem Falle Besonderheiten vorliegen, die eine Erleichterung der Arbeit mit sich bringen, dann darf die Kommission nicht verweigert werden. Ob dies im vorliegenden Falle zutrifft, und ob deshalb die Forderung der Kläger auf Nachzahlung von 3,75 M. berechtigt ist, das soll durch Sachverständige, je einem von jeder Partei, festgestellt werden.

Arbeitsrechtlicher Informationskursus.

Die Wissenschaftliche Arbeitsstelle der Volkshochschule Leipzig veranstaltet vom 16. bis 18. September in Düsseldorf einen arbeitsrechtlichen Informationskursus für die Lehrer an Arbeiterbildungsanstalten und alle diejenigen, die sich berufsmäßig mit Arbeitsrecht befassen müssen. Als Referenten sind gewonnen die Professoren Dr. Singheimer-Frankfurt, Dr. Rothhoff-München, Dr. Lutz-Richter-Leipzig, Ministerialrat Georg Flotow-Berlin und Clemens Körpel-Berlin. Die Teilnahme an dem Kursus ist allen Interessenten zugänglich. Alles Nähere ist bei der Wissenschaftlichen Arbeitsstelle der Volkshochschule Leipzig, Leipzig S. III, Bornaische Str. 103, zu erfragen.

Die Frankenwährung im Saargebiet.

Der Ruf nach wertbeständigen Löhnen.

Saarbrücken, 22. Juli. (Rth.) Angesichts der zunehmenden Verelendung der saarländischen Arbeiterschaft infolge der katastrophalen Frankenentwertung sehen sich die freien Gewerkschaften des Saargebiets nachdrücklich für die Einführung wertbeständiger Löhne ein. Die Festsetzung des Wertbeständigkeitskoeffizienten soll dem tatsächlichen Vorgehen der einzelnen Gewerkschaften überlassen bleiben, da die Wirtschaftslage der einzelnen Unternehmungen verschieden ist. Von der Regierungskommission wird erneut die Errichtung eines mit ausreichenden Vollmachten ausgestatteten Schlichtungsausschusses gefordert. Dieser Ausschuss arbeitet bekanntlich immer noch nach dem schwerfälligen Hilfsdienstgesetz vom Jahre 1917, das keine zwingenden Schiedsprüche fällen kann.

Die Bergarbeitertagung in Paris.

Paris, 22. Juli. (Rth.) Das Internationale Komitee des Bergarbeiterverbandes setzte heute seine Arbeiten fort. Es befaßte sich insbesondere mit der Prüfung der Berichte der verschiedenen Länder.

Obwohl das Komitee keine Mitteilung über die heutigen Beratungen gemacht hat, glaubt Havas mitteilen zu können, daß es seine früheren Entscheidungen über den Boykott der Kohleneinfuhr nach England bestätigt habe. Von anderer Seite verlautet, daß bei den heutigen Beratungen Meinungsverschiedenheiten über diese Frage hervorgetreten seien, die zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen

den englischen und den amerikanischen Delegierten einerseits und den Delegierten der kontinentalen europäischen Länder andererseits geführt hätten. —

Es ist begreiflich, daß die Bergarbeitervertreter die Austragung der über die Unterstützung des englischen Streites und die Taktik der Streikleitung entstandenen Differenzen innerhalb der Bergarbeiterinternationale unter sich erledigen. Wenn über die Beratungen am zweiten Verhandlungstage in geschlossener Sitzung kein Bericht ausgegeben wurde, so offenbar deshalb, weil die Debatten noch nicht zu Ende geführt wurden. Ueber das Ergebnis der Tagung bzw. die gefassten Beschlüsse wird zweifellos berichtet werden. Bis dahin werden sich auch alle die Streikspekulationen im Unternehmertum gebulden müssen.

Erklärung des englischen Eisenbahnerverbandes.

Zurückweisung der Angriffe Coofs gegen Thomas.

London, 23. Juli. (Rth.) Das offizielle Organ des englischen Eisenbahnerverbandes betont in einem Aufsatz in Erwiderung auf die Angriffe des Sekretärs des Bergarbeiterverbandes Coof gegen den Eisenbahnerführer Thomas, daß der Beschluß, die Beförderung von Kohlen auf den englischen Eisenbahnen nicht zu verweigern, von den Eisenbahnern und nicht von Thomas gefaßt worden sei, und daß Thomas nur seine Pflicht tue, wenn er dieser Entscheidung gemäß handele.

Das hat er verdient.

London, 23. Juli. (Rth.) Einer Meldung aus Moskau zufolge ist der Generalsekretär der englischen Bergarbeitergewerkschaft Coof zum Mitglied des Präsidiums der russischen Bergarbeitergewerkschaft gewählt worden.

Derartige Auszeichnungen sind zwar nach unseren gewerkschaftlichen Begriffen lächerlich, doch verkennen wir nicht die Moskauer Methode.

Die Unternehmer denken an Reformen.

London, 23. Juli. Der Sekretär für Bergbau gibt die Namen der Mitglieder des Ausschusses bekannt, der die Möglichkeit der Entwicklung korporativen Verkaufs von Kohle untersuchen soll. U. a. gehört ihm Sir Alfred Mond an, der schon seit längerer Zeit für den Gedanken des korporativen Verkaufs der britischen Kohle nach deutschem Vorbild eintritt.

Der Streik der Diamantarbeiter in Hanau a. M. ist nunmehr beendet. Die Arbeiter, von denen zuletzt noch 115 im Streik waren, haben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Der Abbruch des Streikes dürfte auf das weitere Sinken des belgischen Franken zurückzuführen sein.

Die Führer der New Yorker Untergrundbahner haben den streikenden Angestellten — einer B.T.B.-Meldung zufolge — den Rat gegeben, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Ernst Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Gahrman; Redaktion: Dr. John Schlimm; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann Glöck, G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann Glöck, Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Sport-Stiefel

Wanderstiefel :: Bergsteiger
H. Bähr
nur in dem bekannten Spezialgeschäft
Berlin Spittelmarkt 7
o. h. Straße

Photoapparate
Bedarfsartikel
Entwickeln - Kopieren
gut und preiswert
Photo - Spezialhaus Haller
Kottbuser Damm 98

Metallbetten
Stahlmattressen, Kinderbetten gleich in Preis.
Kat. 650 tr. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Der gute Kapitän-Katzenbäck
in den meisten Zigarren-
geschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgt. 3661

Ischias

schmerzhaft
ist die
schwere Fälle benötigt werden.
Krause-Pianos
Krause-Pianos
Krause-Pianos
Krause-Pianos

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
für Familienmusik

Gardinen!
Sonderangebote
und
Gelegenheitskäufe
in
Kamier-
Gardinen . . . 2.90
Madras-
Gardinen . . . 4.-
Stores . . . 2.20
Bettedecken
1 bettig . . . 4.-
Bettedecken
2 bettig . . . 8.-
Spez.-Gardinenwerkst.
Neukölln,
Bergstr. 67
am Ringbahnhof
Kein Laden!

Mal- u. Zeichen-
Bedarf
L. Juergens
Alexanderplatz
Besonders wirksam sind die
Kleinen Anzeigen
in der Gesamt-Auflage billig!
des Vorwärts und trotzdem

Niemand braucht an

Rheumatismas
zu leiden --



den dafür gibt es den seit 30 Jahren
erproben und bewährten Apoth.
F. Grundmanns vulneraltee
Vulneral-Blutreinigungstee.
Der Tee wird als wundervolles Haus-
mittel bei Neigung zu Säfteverderb-
nis, Flechten, Hautausschlägen,
Arterienverkalkung, Gicht und
Rheumatismus, Blasen- u. Nieren-
leiden sowie Blinderdung nach
dem Kopf mit glänzendem Erfolg
angewendet und darf demnach in keiner
Familie fehlen.
Verkaufsstellen: C: Simons Apoth., Spandauer Str. 17; N: Apoth. z. gekr. Adler,
Auguststr. 60; W: Kurfürsten-Apoth., Genthiner Str. 20; Dr. Voßwinkel's Apoth.,
Kurfürstenstr. 154; Witte's Apoth., Potsdamer Str. 84; SW: Apoth. z. weiß. Adler,
Friedrichstr. 206; Apoth. z. gold. Hirsch, Lindenstr. 74; S: Viktoria-Apoth., Fried-
richstr. 19; Johanniter-Apoth., Planitzer 11; Apoth. z. gold. Adler, Alexan-
drinerstr. 41; Charlottenburg: Westend-Apoth., Spandauer Berg 10; Schöneberg:
Borussia-Apoth., Hauptstr. 131; Neukölln: Hohenzollern-Apoth., Hohen-vollern-
platz 1; Ringbahn-Apoth., Bergstr. 99; Storch-Apoth., Ganzhöferstr. 1; Copenick:
Bahnhof-Apoth., Bahnhofstr. 10; Schloß-Apoth., Berliner Str. 3; Stadt-Apoth.
und alle übrigen Apotheken in Groß-Berlin.

Preiswerte Angebote!

Badeartikel

Schwimmtrikots schwa. 1.45
Trikot, Länge 80 cm
Badehosen schwarze 95 Pf.
Badeanzüge m. Röckch. für Damen 4.90
Badeschuhe aus Leinen mit Gummisohle 1.45
Badehauben Naturgummi 45,75 Pf.
Badelaken bunt gemustert, 110x150 4.90
Badecapes aus gutem Frotteierstoff 13.75
Frotteierhandtücher in einem Kräueltuch 1.25

Schuhwaren

Weiss-Leinenschuhe für Damen, mit zum Schneiden, gutes Fabrikat, amerik. Absatz 3.90
Herren-Halbschuhe schwarze Rindleder, gute Verarbeitung, mod. Form 8.50
Damen-Halbschuhe verschied. Lederarten u. Absatz, mod. Formen 12.50
Chear.-Spangenschuhe braun, vorzügl. Verarbeitung, gute Passform 14.50
Sandalen braun Rindleder, mit Doppeln., Größe 27-30 3.50
Kinder-Stiefel in Braun und Schwarz, verschiedene Lederarten, breite Form 4.20 - 5.90

Damen-Bekleidung

Jumper aus gutem Vollwolle, mit Stämmchen, Jabot und Einsätzen, mit langen Ärmeln 3.95 4.95
Jumper aus Waschseide (Kunstseide), mit kurzen Ärmeln 2.95 3.95
Jumper Hemdform, mit langen Ärmeln, aus zuzunäheren beam-wollenen Musselinstoffen . . . Größe 42-54 3.95
Pullover aus Kunstseide, mit langen Ärmeln, in spartier Ausführung 11.75 14.75
Kleider aus einfarbig. lein. Leinestoffen, in starke Damen 4.50
Kleider braun, Musselin-Stoffe, in vielen Ausführungen, für stark. Damen 5.90 7.75 8.75
Kleider aus kunstseidenem Beal, mit spartier Bordüre, in allen Größen 11.75 12.50
Kleider aus Vollwolle, Diamantst. 8.75 12.50
Kleider aus Kollenne oder Crêpe de Chine, in vielen Farben, aparte Garnierung Crêpe de Chine 17.75 Kollenne 19.50

Lederwaren

Coupekoffer Hartplatte, mit Deckelschienen, 2 Sprangschlösser, bewegl. Metallgriff 2.90 3.90 4.90 5.90 6.90 7.90
Rindleder-Reisetaschen mit Aufspannbügel 40 cm 9.75 45 cm 11.75 50 cm 13.75 55 cm 15.75
Rucksäcke feiner Stoff, m. stark. Rindlederriemen 1.65 3.90 5.25

Herren-Bekleidung

Windjacken imprägniert 8.75 12.75
Breecheshosen aus haltbaren Stoffen 6.25 7.50
Leinenanzüge in allen Größen 15.00 25.00
Lüstersakkos mit Aermelfutter 6.95 9.25
Waschwesten in verschiedenen Mustern 4.95 5.75

HERMANN TIETZ

FRANKFURTER ALLEE